

Antrag

der Abgeordneten Bohl, Dr. Rüttgers, Frau Geiger, Dr. Stercken, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Czaja, Dr. Pohlmeier, Böhm (Melsungen), Frau Dr. Hellwig, Kittelmann, Dr. Schwörer und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Irmer, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Feldmann, Dr. Hirsch, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Weng (Gerlingen), Hoppe, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Gleichstellung der deutschen Sprache als Amtssprache in europäischen Gremien

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Regierungen der 22 anderen Mitgliedstaaten des Europarates über die Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß auch in der Praxis der Europäischen Gemeinschaft, des Europarates und der WEU die deutsche Sprache der französischen und englischen gleichgestellt wird.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im halbjährlichen Rhythmus über den Stand der Bemühungen zu berichten, erstmals am 1. Juni 1990.

Bonn, den 1. Dezember 1989

Bohl	Austermann
Dr. Rüttgers	Börnsen (Bönstrup)
Frau Geiger	Buschbom
Dr. Stercken	Carstensen (Nordstrand)
Frau Hoffmann (Soltau)	Feilcke
Dr. Czaja	Ganz (St. Wendel)
Dr. Pohlmeier	Gerstein
Böhm (Melsungen)	Dr. Grünewald
Frau Dr. Hellwig	Harries
Kittelmann	Haungs
Dr. Schwörer	Hauser (Esslingen)

Hedrich	Schulhoff
Hinrichs	Schulze (Berlin)
Jäger	Seesing
Kalisch	Spilker
Dr.-Ing. Kansy	Dr. Uelhoff
Kossendey	Uldall
Krey	Dr. Unland
Dr. Kunz (Weiden)	Wilz
Dr. Laufs	Dr. Dregger, Dr. Bötsch und
Lenzer	Fraktion
Frau Limbach	
Lummer	Irmer
Dr. Meyer zu Bentrup	Frau Dr. Hamm-Brücher
Müller (Wadern)	Dr. Feldmann
Oswald	Dr. Hirsch
Rossmannith	Dr.-Ing. Laermann
Ruf	Dr. Weng (Gerlingen)
Sauer (Salzgitter)	Hoppe
Sauter (Epfendorf)	Wolfgramm (Göttingen)
Scharrenbroich	Mischnick und Fraktion
Dr. Schroeder (Freiburg)	

Begründung

73 Millionen Bürger von Staaten des Europarates sprechen Deutsch; es ist die am meisten gesprochene Sprache Europas.

Die deutsche Sprache läuft trotzdem Gefahr, in Brüssel, Straßburg und Paris, in der Europäischen Gemeinschaft, im Europarat und in der WEU ins Hintertreffen zu geraten.

Zwar gehört Deutsch zu den neun Amtssprachen der EG, aber es hat sich im Laufe der letzten Jahre in der Kommission und im Ministerrat eingebürgert, daß Französisch und Englisch Amtssprachen erster Klasse geworden sind. Wichtige Dokumente erscheinen zunächst in Französisch und Englisch, Verhandlungen werden in diesen Sprachen geführt und Arbeitspapiere angefertigt. Deutschen Unternehmen, und zwar insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen hierdurch Wettbewerbsnachteile.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und die deutschen EG-Kommissare auf, sich mit Nachdruck um eine gleichberechtigte Anwendung der deutschen Sprache zu bemühen. EG-Beamte sollen am Arbeitsplatz – soweit möglich – ihre Muttersprache benutzen. In der täglichen Arbeits- und Verhandlungspraxis des Ministerrates sollten deutsche Vertreter Deutsch sprechen.

Auch im Bereich des Europarates gibt es Nachholbedarf für die deutsche Sprache. Kürzlich hat der Europarat sein 40jähriges Bestehen gefeiert; Englisch und Französisch sind die Amtssprachen. Deutsch und Italienisch sind im Laufe der Zeit als sogenannte Arbeitssprachen hinzugekommen.

Aber die Dokumente erscheinen in Englisch und Französisch, im Sekretariat wird in diesen Sprachen gearbeitet. In den 23 Ländern des Europarates wird die deutsche Sprache von etwa 73 Mio. Menschen gesprochen, Englisch von etwa 60 Mio. und Französisch von ca. 59 Mio. Auch in der Schweiz und in Österreich wird deutsch gesprochen. In den Ländern Osteuropas, die sich mehr und mehr dem Gedanken der europäischen Einigung zuwenden und bereits als Ständige Gäste Zugang zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates gefunden haben, ist die deutsche Sprache weit verbreitet. Deshalb stellt die Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache auch eine Brücke nach Osteuropa dar.

Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, mit den Mitgliedsländern des Europarates zu einer Einigung über die Einführung von Deutsch als Amtssprache zu kommen. Über das Ergebnis der Aktivitäten sollte bis Mitte 1990 dem Deutschen Bundestag ein erster Bericht vorgelegt werden.

